

Pressemitteilung

Berlin, 16.07.2026

Prävention vor Ort braucht starke Gesundheitsämter

Berlin – Anlässlich einer Verbändeanhörung im Bundesministerium für Gesundheit zur Weiterentwicklung der Prävention fordert der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD), den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) mit seinen kommunalen Gesundheitsämtern als tragende Säule der Prävention dauerhaft zu stärken.

„Prävention gelingt vor allem vor Ort. Die Gesundheitsämter kennen die gesundheitlichen Herausforderungen in ihren Kommunen, sind eng mit Kitas, Schulen, Pflegeeinrichtungen, Vereinen und weiteren Partnern vernetzt und erreichen Menschen in allen Lebensphasen. Diese Strukturen müssen wir konsequent nutzen und weiter stärken“, sagte der Vorsitzende des BVÖGD, Dr. Peter Schäfer, anlässlich der Anhörung.

In seiner Stellungnahme an Bundesgesundheitsministerin Nina Warken begrüßt der BVÖGD, dass Gesundheitsförderung und Prävention mit den aktuellen Reformen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung wieder stärker auf die gesundheitspolitische Agenda gerückt sind. Der Verband sieht in der Weiterentwicklung die Chance, die kommunale Ebene stärker einzubeziehen und den ÖGD dauerhaft als zentralen Akteur der Prävention zu verankern.

Nach Auffassung des BVÖGD verfügen die rund 380 kommunalen Gesundheitsämter fachlich über die notwendigen Voraussetzungen für eine wirksame Präventionsarbeit. Der Verband weist aber darauf hin, dass zusätzliche Aufgaben nur mit einer verlässlichen Finanzierung bewältigt werden können. Gesundheitsämter müssten personell, strukturell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie Prävention, Gesundheitsschutz und Krisenvorsorge dauerhaft erfüllen können.

Auch aus wissenschaftlicher Sicht besteht Handlungsbedarf: Die Deutsche Gesellschaft für Öffentliches Gesundheitswesen (DGÖG) spricht sich dafür aus, Prävention und Gesundheitsförderung stärker wissenschaftlich zu fundieren und den ÖGD als Ort für Forschung, Lehre und evidenzbasierte Praxis weiterzuentwickeln. „Eine erfolgreiche Präventionspolitik braucht nicht nur starke kommunale Strukturen, sondern auch eine belastbare wissenschaftliche Grundlage. Forschung, Evaluation und die Akademisierung des ÖGD sind entscheidende Voraussetzungen, um Präventionsmaßnahmen evidenzbasiert weiterzuentwickeln und ihre Wirksamkeit dauerhaft zu sichern“, sagte die Vorsitzende der DGÖG, Dr. Susanne Pruskil.

Positiv bewertet der BVÖGD die für 2027 beschlossene Einführung einer gestaffelten Steuer auf zuckergesüßte Getränke sowie die geplanten Erhöhungen der Tabak- und Alkoholsteuer als wichtige präventive Maßnahmen. Die daraus entstehenden Mehreinnahmen sollten nach Auffassung des Verbandes gezielt in Prävention und Gesundheitsförderung investiert werden und nicht überwiegend der Haushaltskonsolidierung dienen.

BVÖGD und DGÖG bieten dem Bundesgesundheitsministerium an, ihre fachliche Expertise in die geplante Präventionsoffensive und die Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes einzubringen und die anstehenden Reformen konstruktiv zu begleiten.